

# »Eine schlagkräftigere UN liegt in unserem ureigenen Interesse.«

Interview mit Christoph Heusgen, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, über seine Tätigkeit in New York, die Kandidatur der Bundesrepublik für den UN-Sicherheitsrat und Deutschlands internationale Verantwortung.



Christoph Heusgen. UN PHOTO: K. HAUGHTON

**Patrick Rosenow:** Sie sind seit Juli 2017 Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York. Mit welcher Motivation sind Sie Ihre neue Position angetreten? Es heißt, der Amtssitz der UN in New York war ein langjähriger Wunsch von Ihnen.

**Christoph Heusgen:** Mein jetziger Posten in New York ist in der Tat ein wahrer Traum. Als junger Diplomat führte mich mein erster Auslandsposten Anfang der 1980er Jahre an das Deutsche Generalkonsulat in Chicago. Nun schließt sich der Kreis wieder in den USA. Ich empfinde es als Privileg, gemeinsam mit dem Team der Ständigen Vertretung, Deutschland bei den UN repräsentieren zu dürfen, insbesondere angesichts der zahlreichen, globalen Herausforderungen.

Sie waren zuvor außen- und sicherheitspolitischer Berater der Bundeskanzlerin und davor im Büro von Javier Solana tätig, dem früheren Hohen Vertreter

**für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Blicken Sie mit einer deutschen oder europäischen Brille auf die UN?**

Ganz unabhängig von meiner beruflichen Vorerfahrung: Als deutscher Diplomat müssen Sie stets aus beiden Blickwinkeln auf die Weltlage sehen. Die europäische Perspektive wird inzwischen in all unseren außenpolitischen Analysen und Entscheidungen mitgedacht und berücksichtigt. Denn wir wollen ein starkes Europa, das in einer zunehmend multipolaren Weltordnung als eigenständiger Akteur wahrgenommen wird. Nur so können wir sichergehen, dass die EU und durch sie auch ihre Mitgliedstaaten bei den entscheidenden Fragen künftig Gehör finden und einen Platz am Verhandlungstisch einnehmen. Das gilt in ganz besonderer Weise auch für die Vereinten Nationen. Bei 193 Mitgliedstaaten ist es wichtig, dass die EU bei möglichst allen Themenfeldern geint auftritt und mit einer Stimme spricht. Bedauerlicherweise gelingt das nicht immer. Ich werde mich stets für gemeinsame europäische Positionen einsetzen.

**Welche Herausforderungen haben Ihrer Meinung nach die multilateralen Verhandlungen der UN im Vergleich zu jenen in der EU in diesen Zeiten?**

Die Herausforderung liegt ganz klar in der Größe des Teilnehmerfelds. Die Verhandlungen unter 28 Mitgliedstaaten, wie sie regelmäßig in Brüssel geführt werden, sind bereits hochkomplex und langwierig. Die Suche nach Kompromissen unter 193 Verhandlungspartnern ist jedoch ungleich schwieriger. Hinzu kommt, dass es sich bei den UN-Mitgliedstaaten, anders als bei den EU-Partnern, um eine sehr heterogene Gruppe handelt, was den geografischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Hintergrund angeht. Kleine, vom Klimawandel

unmittelbar bedrohte Inselstaaten haben naturgemäß eine andere Interessenlage als große Flächenländer. Die sich entwickelnden Volkswirtschaften des globalen Südens verfolgen andere Ziele als die wohlhabenden Staaten des industrialisierten Nordens. Und auch mit Blick auf Menschenrechtsfra-

im Zweiten Weltkrieg von unserem Land ausgegangen waren. In den zurückliegenden Jahrzehnten ist Deutschland, dank der berechenbaren, wertebasierten Außenpolitik wechselnder Bundesregierungen, wieder ins Herz der internationalen Gemeinschaft hineingewachsen. Daraus erwächst zunehmend Verantwortung.

## »Wir setzen uns für eine regelbasierte Weltordnung ein, wo die Stärke des Rechts zählt und nicht das Recht des Stärkeren.«

gen, vor allem bei Frauenrechten oder den Rechten sexueller Minderheiten, existieren erhebliche Unterschiede zwischen den Staaten der UN, die nicht selten kulturell bedingt sind. Vor diesem Hintergrund kann man kaum genug würdigen, dass es den UN immer wieder gelingt, die 193 Mitglieder bei essenziellen Fragen, wie der globalen Nachhaltigkeitsagenda oder dem weltweiten Klimaschutz, zu einem Konsens zu bewegen, wie zuletzt bei der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015.

### **Sie betonten einmal, dass Deutschland eine wertebundene Außenpolitik betreibe. Welche Werte meinen Sie damit genau und welche außenpolitische Rolle spielen dabei die Vereinten Nationen?**

Hier genügt ein Blick in unser Grundgesetz. Die dort verankerten Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten sind nicht nur Kompass des Regierungshandelns im Innern, sondern auch nach außen. Wir setzen uns für eine regelbasierte Weltordnung ein, wo die Stärke des Rechts zählt und nicht das Recht des Stärkeren. Unser wirtschaftlicher Wohlstand ist vom weltweiten Export abhängig. Unser Land liegt in der Mitte Europas und ist von neun Nachbarstaaten umgeben. Allein aufgrund dieser Parameter sind wir zur Zusammenarbeit mit Partnern rund um den Globus regelrecht verpflichtet. Deutschland ist daher ein glühender Befürworter eines aktiven Multilateralismus und kollektiv erarbeiteter Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit. Das gilt nicht nur für unsere Außenpolitik in Berlin und Brüssel, sondern in besonderer Weise auch für New York. Als einzige Organisation, die alle Staaten dieser Welt um einen Tisch versammelt, verfügen die UN über eine einzigartige Legitimität bei der Suche nach Lösungsansätzen für die Krisen und Konflikte, mit denen wir konfrontiert sind.

Und noch einen Punkt dürfen wir nicht vergessen: Die Charta der Vereinten Nationen war auch eine Antwort auf Krieg und Unmenschlichkeit, die

### **Deutschland bewirbt sich derzeit aus der Regionalgruppe der westeuropäischen und anderen Staaten (WEOG) neben Belgien und Israel für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat für die Jahre 2019/2020. Wie schätzen Sie die Chancen der Bundesrepublik ein?**

Deutschland genießt in den Vereinten Nationen einen guten Ruf. Das liegt nicht zuletzt an unserem stetig wachsenden Engagement innerhalb der Weltorganisation. In vielen Bereichen gilt Deutschland als Impulsgeber, ob bei den Menschenrechten, der Klimapolitik, beim Umgang mit der Flüchtlingskrise oder bei der Förderung von Frauen.

Im Jahr 2016 war unser Land der zweitgrößte Beitragszahler, wenn man Pflichtbeiträge und freiwillige Beiträge für das gesamte UN-System zusammenzählt. Allein auf dem Gebiet der humanitären Hilfe haben wir im vergangenen Jahr über 1,7 Milliarden US-Dollar für die Arbeit des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) zur Verfügung gestellt. Auch in personeller Hinsicht unterstützen wir die UN nach Kräften. Einer der zahlenmäßig größten Einsätze der Bundeswehr findet aktuell im Rahmen der Mehrdimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) statt. Dann ist da noch der an Bedeutung gewinnende UN-Standort Bonn, mit seinen 20 UN-Institutionen und über 1000 Beschäftigten.

Wir halten also gleich mehrere Trümpfe in der Hand. Trotz dieses positiven Deutschlandbilds innerhalb der UN ruhen wir uns aber nicht aus. Ein erfolgreiches Abschneiden bei den Wahlen für den Sicherheitsrat muss hart erarbeitet werden. Daher werben wir seit Sommer 2016 in New York und den Hauptstädten dieser Welt für einen nichtständigen deutschen Sitz für die Jahre 2019/2020.

### **Welche Agenda und welche Themen möchte Deutschland im Sicherheitsrat konkret vorantreiben, wenn es in den Sicherheitsrat gewählt wird? Das offizielle Motto der Kampagne »Frieden, Gerechtigkeit, Innovation, Partnerschaft« klingt ja noch etwas vage.**

Die vier Leitbegriffe wurden gewählt, weil sie die übergeordneten Bereiche unseres Handelns in den Vereinten Nationen treffend abbilden.

Selbstverständlich können wir die Agenda des Sicherheitsrats, sofern wir als nichtständiges Mitglied gewählt werden, nur zu einem geringen Teil

mitgestalten. Oft ist die Tagesordnung durch aktuelle Krisen und Konflikte vorgegeben, an deren Bewältigung wir mitarbeiten wollen. Wichtig ist dabei, Konflikte nicht nur zu verwalten, sondern sich aktiv für die Bekämpfung ihrer Ursachen einzusetzen. Hier liegt Raum für eigene Akzente.

Wir wollen während unserer möglichen Mitgliedschaft in den Jahren 2019/20 Themen vorantreiben, die noch größere Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats erfordern: Krisenprävention und Konfliktbewältigung gehören dazu ebenso wie der Zusammenhang zwischen Klima und Sicherheit, die existenzielle Bedeutung von Menschenrechten für Sicherheit, die aktive Einbindung von Frauen in Friedensprozessen, der Schutz von Kindern in bewaffneten Konflikten sowie Fragen der globalen Gesundheit im Kontext von Sicherheit und Stabilität.

**Sie haben einmal gesagt, dass die deutsche Außenpolitik nicht ohne die Einbindung in Europa funktioniert und die Europäer wiederum im Sicherheitsrat besser zusammenarbeiten müssten. Wird dies vor dem Hintergrund des EU-Austritts Großbritanniens im Jahr 2019 überhaupt noch möglich sein?**

Die Zusammenarbeit der derzeit 28 EU-Mitgliedstaaten in New York funktioniert sehr gut – und dies wird auch mit 27 Mitgliedstaaten der Fall sein. Allerdings wird der EU-Austritt Großbritanniens ohne Zweifel in New York zu spüren sein. Die EU verliert mit dem Brexit nicht nur ein Mitglied mit einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat, sondern zudem einen traditionsbewussten, hochprofessionellen Auswärtigen Dienst. Britische Diplomateninnen und Diplomaten haben in der Vergangenheit durch ihre Expertise und Geschick vielfach Verhandlungen in unserem Sinne geleitet und beeinflusst. Dass dieses Wissen nun für die EU verloren geht, ist bedauerlich. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich und nicht-ständigen europäischen Mitgliedsstaaten gerade im Sicherheitsrat genauso zukünftig eng sein wird.

Gleichzeitig wird eine noch intensivere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und uns immer wichtiger werden. Der deutsch-französische Ministerrat hat im Juli 2017 ein klares Mandat für eine Ausweitung der Zusammenarbeit gegeben, auch und gerade bei den UN.

**Es wird immer wieder von der neuen Verantwortung gesprochen, die Deutschland in der internationalen Politik, so auch in den UN, wahrnehmen sollte. Im Bereich der Friedenssicherung etwa befindet sich die Bundesrepublik jedoch nach wie vor eher im Mittelfeld, zurzeit auf Platz 34 der truppenstellenden Staaten. Rund 75 Prozent des deutschen Personals sind lediglich in Mali bei der MINUSMA im Einsatz. Nur 27 Polizisten befinden sich derzeit welt-**

## Christoph Heusgen

Der frühere außen- und sicherheitspolitische Berater der Bundeskanzlerin Christoph Heusgen ist seit Juli 2017 Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen in New York. Der promovierte Wirtschaftswissenschaftler kann auf eine knapp 40-jährige Tätigkeit im Auswärtigen Dienst zurückblicken und war unter anderem im Generalkonsulat in Chicago (1983–1986) und in der deutschen Botschaft in Paris (1986–1988) tätig. Später arbeitete er zu Themen über die Europäische Union (EU). Unter anderem bereitete er die Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag über die EU (1992) mit vor. Bevor er im Jahr 2005 ins Kanzleramt wechselte, war er in den Jahren von 1999 bis 2005 als Leiter der Politischen Abteilung im Büro von Javier Solana tätig, dem früheren Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Der eher zurückhaltende Diplomat Heusgen ist überzeugter Europäer und versucht sich in den Vereinten Nationen auch für europäische Positionen einzusetzen.

**weit im Einsatz (Stand: Februar 2018). Warum ist der deutsche Anteil nach wie vor so gering?**

Zusammen mit Italien und Frankreich gehört Deutschland zu den drei größten UN-Truppenstellern der westlichen Staatenwelt. Seit dem Jahr 2016 haben wir unseren militärischen Beitrag ebenso substanziell wie nachhaltig gesteigert. So ist die Bundeswehr heute erstmals seit 25 Jahren (seit UNOSOM im Jahr 1993 in Somalia) wieder mit einem landgestützten Kontingent von rund 1000 Soldatinnen und Soldaten im UN-Einsatz. Die Bedeutung unseres militärischen Beitrags für MINUSMA in Mali misst sich dabei weniger in absoluten Zahlen als in der Qualität der bereitgestellten Hochwertfähigkeiten.

**»Der EU-Austritt Großbritanniens wird ohne Zweifel in New York zu spüren sein.«**

ten wie Lufttransport und Aufklärung. Für unser Engagement in einer der schwierigsten UN-Missionen überhaupt haben wir viel Lob und Anerkennung erfahren, auch von den klassischen UN-Truppenstellern.

Darüber hinaus ist Deutschland in weiteren UN-Missionen (UNIFIL im Libanon, UNMISS in Südsudan, UNAMID in Sudan, MINURSO in Westsahara, UNAMA in Afghanistan) mit Hochwertfähigkeiten, Stabs- und Militärbeobachterpersonal beteiligt.

Zusätzlich haben wir erst vor wenigen Monaten eine Fülle hochwertiger, militärischer Fähigkeiten im

so genannten System zur Gewährleistung der Einsatzbereitschaft und schnellen Verlegbarkeit der Friedenssicherungskapazitäten (PCRA) angezeigt, die – bei Bedarf und nach entsprechender Billigung durch den Bundestag – für UN-Friedensmissionen genutzt werden können. In dieser Größenordnung ist dies für Deutschland ein Novum.

Klar ist allerdings auch, dass wir nicht mit den traditionellen Truppenstellern konkurrieren wollen und können. Unseren Fokus sehen wir in der Bereitstellung der erwähnten Hochwertfähigkeiten.

Und schließlich sind wir der viertgrößte Beitragszahler für die UN-Friedenssicherung und finanzierten die Einsätze allein im vergangenen Jahr mit knapp 6,4 Prozent, was einer Summe von 675,7 Mil-

## »Um besser auf der ›Klaviatur des UN-Systems‹ spielen zu können, sollten wir die Karrieremöglichkeiten für unsere Soldatinnen und Soldaten gezielt fördern.«

lionen US-Dollar entspricht. Insgesamt sind wir also auf einem guten Weg. Um zukünftig noch besser auf der ›Klaviatur des UN-Systems‹ spielen zu können, sollten wir das Bewusstsein für die Bedeutung von Friedenssicherungseinsätzen weiter stärken und die Karrieremöglichkeiten für unsere Soldatinnen und Soldaten im UN-System gezielt fördern.

**Das Thema Flucht und Migration ist für Deutschland ein wichtiges innen- aber auch außenpolitisches Thema. Gleichzeitig haben die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten seit den New Yorker Gipfeltreffen zu Flucht und Migration im Jahr 2016 diesen Themenkomplex wieder stärker in den Fokus genommen. Wie bringt sich Deutschland derzeit in diesen Verhandlungsprozess ein, um bis zum Ende dieses Jahres einen globalen Migrationspakt verabschieden zu können?**

Die Verhandlungen zum Migrationspakt stehen ganz am Anfang. Der Startschuss erfolgte am 20. Februar 2018 in New York. Ein erster Textentwurf wurde von den Verhandlungsführern, den UN-Botschaftern Mexikos und der Schweiz, Anfang Februar vorgelegt.

Aus unserer Sicht ist dieser erste Entwurf als Grundlage für die Verhandlungen gut geeignet. Selbstverständlich wird es nicht einfach sein, den vielfältigen Interessen der Mitgliedstaaten in einem einzigen Dokument gerecht zu werden. Zwischen den beiden Extrempositionen, einer Verhinderung von Migration und ihrer Förderung, wollen die Verhandlungsführer den Mittelweg des Migrationsmanage-

ments wählen. Die Grundphilosophie ist dabei, dass man ungeordnete Migration reduziert und mithilfe des zu verhandelnden Paktes die internationale Zusammenarbeit für eine sichere, geordnete und reguläre Migration stärkt.

Durch den Ausstieg der USA aus den Verhandlungen wird es in der Diskussion mit den Herkunftsstaaten nun umso mehr auf die Position der EU ankommen, die eigenen Interessen einzubringen. Zu den Herkunftsstaaten gehören viele Länder aus dem globalen Süden (G77). Einmal mehr wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass die EU-Mitglieder zu einer abgestimmten, einheitlichen Position finden. Genau hierfür wollen wir uns einsetzen.

**Kurz nach seinem Amtsantritt hat UN-Generalsekretär António Guterres den Prozess einer ehrgeizigen Reformagenda angestoßen. Unter anderem schlägt er die Umstrukturierung des UN-Entwicklungssystems, eine Reform im Bereich Frieden und Sicherheit sowie der UN-Verwaltung vor. Inwiefern unterstützt Deutschland diese Agenda und wo sehen Sie noch Nachbesserungsbedarf?**

Einer meiner ersten Termine in neuer Funktion als Ständiger Vertreter bei den UN war die Teilnahme an einem ganztägigen Seminar, bei dem der Generalsekretär persönlich und über mehrere Stunden hinweg seine Reformagenda präsentierte. Die Art und Weise, wie António Guterres mit hoher Energie und persönlichem Einsatz dieses Ziel vorantreibt, ist beeindruckend. Er weiß, dass die Weltorganisation in vielen Bereichen und angesichts eines komplexer werdenden Umfelds längst nicht mehr in der Lage ist, ihren Zweck zu erfüllen.

Daraus erwächst ein Glaubwürdigkeitsproblem für die UN, mit negativen Auswirkungen auf ihre Legitimität und ihr öffentliches Erscheinungsbild. António Guterres ist genau die richtige Persönlichkeit für diese Herkulesaufgabe. Unser Ziel ist es, ihn bei der Durchsetzung der Reformen nach Kräften zu unterstützen, denn eine effizientere, transparentere und schlagkräftigere Organisation liegt in unserem ureigenen Interesse.

**Im Vorfeld der Haushaltsverhandlungen für den Zweijahreszeitraum 2018/2019 sind nicht nur die USA, sondern auch die EU, Japan sowie die Gruppe der 77 einschließlich China mit finanziellen Kürzungsvorstellungen in die Verhandlungen gegangen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Finanzierung der UN auf eine langfristig adäquate Grundlage zu stellen, um die strategische Arbeitsfähigkeit der Weltorganisation zu gewährleisten?**

Der Ende Dezember 2017 beschlossene UN-Haushalt für die Jahre 2018/2019 liegt mit einem Gesamtvolumen von 5,37 Milliarden US-Dollar ungefähr in einer Höhe, für die sich die EU zu Beginn

der Budgetverhandlungen ausgesprochen hatte. Die US-Seite hatte zu einem frühen Zeitpunkt deutlich gemacht, aufgrund politischer Einsparvorgaben aus Washington, D.C., unter der Schwelle von 5,4 Milliarden US-Dollar zu bleiben. In den Verhandlungen ging es auch weniger um den finanziellen Rahmen als Ganzes, sondern vielmehr um die Frage, in welchen Bereichen Kürzungen vorgenommen würden. Gegen starke Widerstände einer ganzen Reihe einflussreicher Mitgliedstaaten konnte die EU Finanzmittel für wichtige Menschenrechtsposten sichern.

Ein Bestandteil der Reformvorschläge von Generalsekretär Guterres ist die Einführung eines Jahreshaushalts, um budgetär besser auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Die Mitgliedstaaten sind diesem Vorschlag bei den Verhandlungen im Dezember gefolgt. Ab dem Jahr 2020 werden die UN von einem zwei- auf einen einjährigen Haushalt umstellen. Weiteren Handlungsspielraum, etwa durch flexiblere Haushaltsumschichtungen, wollten Russland, China und die G77 dem Generalsekretär jedoch nicht zugestehen.

#### **Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit der aktuellen US-Regierung vor dem Hintergrund eines durchaus konfrontativen Stils der USA gegenüber den UN?**

Ich persönlich erlebe die Zusammenarbeit mit der Ständigen Vertreterin der USA Nikki Haley als angenehm und professionell. Bei vielen Dossiers vertreten wir ähnliche Interessen, unter anderem was den Sanktionsdruck gegenüber dem Regime in Nordkorea oder die Kritik am Vorgehen Russlands in Syrien oder der Ukraine angeht.

Gleichwohl: Der Ausstieg der USA aus dem Klimaabkommen von Paris, den Verhandlungen zum Migrationspakt, die Beendigung der UNESCO-Mitgliedschaft und der partielle Zahlungsstopp an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) sind einschlägige Beispiele, die auch in New York zu wahrnehmbarer Verunsicherung unter den Partnern der USA geführt haben. Diese Entwicklung zeigt: Für die Vereinigten Staaten von Amerika, Führungsmacht der westlichen Welt und Schlüsselstaat der bisherigen multilateralen Ordnung, wird das Prinzip der nationalen Souveränität zunehmend zur Richtschnur des eigenen Handelns auf internationaler Bühne. Dies sollte uns Europäer dazu motivieren, unsere Interessen noch besser zu definieren und auf eine gemeinsame Durchsetzung dieser Interessen hinzuwirken.

#### **Welches Bild hat Deutschland in den Vereinten Nationen grundsätzlich und glauben Sie, dass es sich in den letzten Jahren gewandelt hat?**

Aus meinen ersten sechs Monaten als Ständiger Vertreter kann ich festhalten: Unser Land verfügt

über einen guten Ruf und ein hohes Ansehen sowohl unter den Mitgliedstaaten der UN als auch im UN-Sekretariat selbst. Wir werden für unseren engagierten Einsatz für die Ziele der UN allgemein geschätzt und verfügen über hohe Glaubwürdigkeit als Verfechter eines regel- und wertebasierten internatio-

### **»Ab dem Jahr 2020 werden die UN von einem zwei- auf einen einjährigen Haushalt umstellen.«**

nen Systems. Wir gelten zudem als großzügig, was die Finanzierung humanitärer Hilfe und der präventiven wie friedenserhaltenden Maßnahmen angeht. Deutsche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im UN-Sekretariat und in den Missionen werden wegen ihrer Zuverlässigkeit und Kompetenz überaus geschätzt. Kurzum: Der Zuspruch, den wir tagtäglich auf den Gängen und Fluren des UN-Gebäudes erfahren, ist positiv und sollte Ansporn sein, uns künftig noch stärker am ›East River‹ einzubringen. Vielleicht haben wir ja ab Januar 2019 im Sicherheitsrat dazu Gelegenheit.

Die gestellten Interview-Fragen wurden am 22. Februar 2018 schriftlich von Christoph Heusgen beantwortet. Die Fragen stellte Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN.

## **English Abstract**

Christoph Heusgen

»A Powerful UN Is in Our Own Interest.« pp. 57–61

Christoph Heusgen, Permanent Representative of Germany to the United Nations, talks about his work at the UN in New York, Germany's candidacy for a non-permanent seat on the UN Security Council and Germany's growing international responsibility. If Germany will be elected to the Security Council, it will advocate the issues of crisis prevention and conflict management, the link between climate and security, the existential importance of human rights, the involvement of women in peace processes, the protection of children in armed conflicts and global health issues in the context of security and stability. The approval that Germany receives within the UN should be, in his view, an incentive to become even more involved in the world body and in cooperation with the European Union.

*Keywords: Deutsche UN-Politik, Europa, Finanzierungsfragen, Sicherheitsrat, UN Security Council, non-permanent SC members*